

## Ämtliche Bekanntmachungen.

I. Am 1. Dezember d. J. tritt der 4. Nachtrag zur Lohnsteuerordnung für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Bautzen in Kraft, wonach die Lohnsteuer beträgt:

- a) für gewöhnliche Lohnvergnügen 10 %.
- b) für Kosten- und Kostümbälle 30 %.

Die Gemeindebehörden haben auf die zu den alten Steuerhöhen ausgegebenen Steuerarten entsprechende Nachzahlung zu veranlassen.

II. Am gleichen Tage tritt die Personenfahrzeugsteuer in Höhe der durch den 1. Nachtrag bestimmten Höhe in Hebung.

Die Steuer beträgt hiernach für das laufende Rechnungsjahr:

- a) für den 1. steuerpflichtigen Wagen 1000.— M., für den 2. steuerpflichtigen Wagen 2000.— M., für den 3. und jeden weiteren Wagen 3000.— M.
- b) für den 1. steuerpflichtigen Schlitten 1000.— M., für den 2. steuerpflichtigen Schlitten 2000.— M., für den 3. und jeden weiteren Schlitten 3000.— M.

Der 4. Nachtrag zur Lohnsteuerordnung, sowie die Personenfahrzeugsteuerordnung nebst 1. Nachtrag liegen auf den Gemeindebehörden zur Kenntnisnahme für Jedermann aus.

Bautzen, am 30. Nov. 1922. Amtshauptmannsch.

## Mehl- und Brotpreise.

Am 4. Dezember ds. Js. gelten für aus Kommunal- (Lohn-)Getreide hergestelltes Mehl und Brot folgende Preise:

### 1. Mehlpreise im Kleinhandel.

Roggenmehl	179,80 M für 1195 g (1 1900 Gr.-Brotmarke).
Roggenmehl	75,20 M für 500 g.
Roggenmehl	47,40 M für 315 g (1 Pfund-Brotmarke).
Weizenmehl	190,80 M für 1195 g (1 1900 Gr.-Brotmarke).
Weizenmehl	79,80 M für 500 g.
Weizenmehl	50,80 M für 315 g (1 Pfund-Brotmarke).

### 2. Brotpreise.

Es beträgt der Preis für:	
1900 Gramm-Roggenbrot	235.— M.
1 2-Pfund-Roggenbrot	123,70 M.
1 400 Gramm-Weizenbrot	65.— M.
1 Semmel (80 Gramm)	13.— M.

3. Vorstehende unter 1 und 2 angegebenen Preise gelten als Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes.

Überschreitungen dieser Preise werden nach den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen bestraft.

Inbesondere wird nochmals strengstens darauf hingewiesen, daß das Gebäck vollgewichtig sein muß und daß das Roggenbrot 24 Stunden nach der Entnahme aus dem Backofen das volle Gewicht haben muß.

Die Bäcker haben dem Ansuchen der Käufer auf Nachwiegen des Brotes ohne weiteres nachzukommen.

4. Gleichzeitig wird darauf hingewiesen, daß sich auch dieses Mal wieder eine Nachzahlung auf die bei den Bäckern und Mehlhändlern am 3. Dezember abends vorhandenen Mehlbestände nötig macht.

Um sich im Hinblick auf diese Nachzahlung vor Schäden zu bewahren, müssen also die Bäcker und Händler für Brotware usw., die sie bereits am Sonnabend, den 2. Dezember, und Sonntag, den 3. Dezember, auf neue Brotmarken, gültig vom 4. Dezember bis 10. Dezember 1922, (blaue Grundfarbe mit rotem Aufdruck) abgeben, den neuen höheren Brotpreis fordern.

Kommunalverband Bautzen Stadt und Land,  
am 29. November 1922.

Der preussische Minister des Innern Severing führte dazu u. a. aus: Auch die preussische Regierung glaubt, daß hier ein ernstes Problem vorliegt. Ich möchte den Bälterbund darauf aufmerksam machen, daß Deutschland und Preußen bei der Ernährungslage, dem Wohnungsmangel und der Lage des Arbeitsmarktes nicht in der Lage sind, diesen Flüchtlingsstrom aufzunehmen. Wenn der Bälterbund überhaupt einen Sinn hat, dann muß er hier eingreifen. Aus finanziellen Gründen müssen wir die Zahl unserer Polizeimannschaften beschränken. Wir können die lanee Grenze im Osten nicht genügend überwachen. Soweit deutsche und preussische Interessen eine Abschmürung der Grenze erforderlich machen und soweit es mit allgemein menschlichen Grundregeln vereinbar ist, werde ich eine Verschärfung des früheren Erlasses eintreten lassen. Wir müssen aber auch auf das Ausland Rücksicht nehmen. Wahrscheinlich werden in einigen Jahren Millionen deutscher Arbeiter auswandern müssen, aber wohin? Sollen wir uns durch Horden der Fremdenpolizei das Obdium der Barbaren zuziehen? Nach der Berliner Polizeistatistik vom 31. Mai d. J. waren unter 161 222 Ausländern 25 483 Ostjuden. Der Minister macht unter großer Unruhe der Rechten weitere Angaben aus preussischen Polizeistatistiken über die Ostjuden in Königsberg, Breslau usw. und bemerkt: Rumie hat in Oberschlesien eine böse Saat ausgestreut. Eine Deputation aus Hindenburg wies mich auf einen bevorstehenden Pogrom hin. Allein kann Preußen in dieser Frage nicht vorgehen. Die preussische Regierung wird sich in der Ausländerfrage nur von den Rücksichten auf die Wohnungs-, Arbeits- und Nahrungsmittelverhältnisse leiten lassen. Natürlich hat der Deutsche zuerst Anspruch auf eine ostländische Wohnung.

## Finnische Dankbarkeit.

In den finnischen Zeitungen erschienen Aufrufe zur Hilfe für die deutsche Studentenschaft und Wissenschaft, denen zufolge namhafte Beträge gesammelt und nach Deutschland geschickt wurden. So wurden vor einigen Tagen 4 Millionen Reichsmark an die deutsche Studentenschaft in Bayern und an die deutsche Studentenschaft in Göttingen (10 Millionen Reichsmark) gesandt zu Verteilung an die deutschen Hochschulen. Auch bei dem finnischen Konsul in Dresden, Herrn Dipl.-Ingenieur Karl von Frenstell ist aus privaten Sammlungen eine größere Summe eingegangen, die hauptsächlich selbst oder deren Verwandte an finnischen Bekämpfungskrieg teilgenommen haben. Bei dieser Gelegenheit wird auch erinnert, daß Finnlands Dank für seine Befreiung mit deutscher Hilfe in die Form gekleidet wurde, alljährlich mehrere hundert deutsche Kinder völlig kostenlos

## In bewegten Zeiten

wie den heutigen, muß Jeder eine Tageszeitung lesen, um stets auf dem Laufenden zu sein. Die allgemeine Lage war noch nie so ernst wie jetzt, wir stehen vor erschütternden Ereignissen. Die politische, wirtschaftliche und soziale Berichterstattung, aber auch eine gute Unterhaltungsliteratur, die auch dem Gemüt etwas bietet, ist heute weniger als je zu entbehren, zumal es bald Niemanden mehr möglich sein wird, sich wegen der hohen Preise weder Bücher noch Zeitschriften anzuschaffen.

Der „Sächsische Erzähler“ bietet seinen Lesern einen sehr umfangreichen Unterhaltungsstoff. Besonderer Beliebtheit erfreut sich die Beilage „Unsere Heimat“, in der gegenwärtig der spannende Heimatroman „Der Bälterbauer“ erscheint. Der Bezugspreis ist im Verhältnis zum tief gesunkenen Geldwert sehr mäßig, wie nachstehender Veranschaulicht: Für eine Mark in Silber erhält Jeder die Zeitung einen ganzen Monat und noch 100 Papiermark heraus.



finnische Gastfreundschaft genießen zu lassen. Ca. 80 Kinder sind auch in diesem Sommer durch Vermittlung des finnischen Konsulats in Dresden nach dem gastfreien Norden geschickt worden; die Resultate waren glänzend, in einigen Fällen wurden Bewährungsumnahmen bis zu 15 Pfund konstatiert. Der 6. Dezember, der finnische Freiheitsstag, wird im Rahmen des deutsch-finnischen Vereins, Ortsgruppe Dresden, durch eine besondere Feier begangen werden.

## Die neueste Postvertierung.

Ein Fernbrief 25 M — ein Ortsbrief mindestens 10 M.

Das neue Posttarif, der am 15. Dezember in Kraft treten soll und wahrscheinlich nur bis 15. Januar in Kraft bleibt, wird folgendermaßen ausfallen:

Fernbriefe 25 M, die höheren Gewichtsstufen über 20 bis 100 Gramm und über 100 bis 250 Gramm 35 M bzw. 45 M. Briefe im Ortsverkehr 10, 15 und 25 M. Fernpostkarten 15 M, Ortspostkarten 5 M.

Pakete bis zu 5 Kilogramm in der Kategorie 125 M, in der Kategorie 250 M. Pakete über 5 bis 10 Kilogramm für jedes Kilo des Paketgewichts in der Kategorie 25 M, in der Kategorie der doppelte Satz zu der Gebühr des 5-Kilogramm-Pakets als Zuschlag. Pakete über 10 bis 20 Kilogramm 80 bzw. 120 M Zuschlag für das Kilo.

Postanmeldegebühren im allgemeinen verdoppelt. Erste Betragsstufe 100 M, so daß der niedrigste Gebührenbetrag 50 für Beträge bis 100 M gilt. Der Höchstbetrag für Postanmeldungen wird auf 20 000 M erhöht.

Postschekengebühren verdoppelt.

Telegramme: Grundgebühr 50 M, Wortgebühr 20 M für Orts- und für Pressetelegramme 20 M Grundgebühr und 10 M Wortgebühr.

Fernsprechgebühren: Grundgebühren, wie schon mitgeteilt, für die Hauptanschlüsse unverändert, Orts- und Fernsprechanträge dagegen auf den doppelten bis dreifachen Satz gesteigert. Die Fernsprechgebühr wird also z. B. bei einer Entfernung bis 5 Kilometer einschließlich 7 M, bei einer Entfernung von mehr als 500 bis 800 Kilometer einschließlich 308 M betragen.

Natürlich fehlt diesem katastrophalen Vorklage des Reichspostministeriums die Begründung nicht, und sie ist beinahe noch schlimmer als die Grundgebührenordnung. Dieser Vorklage ändert an dem jammervollen finanziellen Zustand des einseitigen Muster-Reichsbetriebes so gut wie nichts.

### Der Fehlbetrag der Reichspost

bezieht sich zurzeit auf 75 Milliarden Mark und wird für 1923 auf rund 200 Milliarden Mark veranschlagt. Auch nach der neuen Erhöhung wird der Etat nicht balancieren. Das Gleichgewicht wäre rechnungsmäßig mit einem Tarif von 50 M für den einfachen Fernbrief und einer entsprechenden Erhöhung der übrigen Gebühren zu erreichen. Und diese wird ja auch, wie oben mitgeteilt, für den 15. Januar des kommenden Jahres des Unheils 1923 in Aussicht gestellt. Dabei ist das Reichspostministerium unter Giesberts ständiger Leitung dem Ideal, das diesem Reichsleiter Stephens wahrscheinlich vorschwebte, nämlich den Postverkehr zu erschöpfen, schon ziemlich nahe gekommen. Es wird nämlich in der „Beauftragung“ mitgeteilt, daß vom 6. Mai 1920 bis 1. Oktober 1922 bei der Ortspostkarte ein Abgang von nahezu der Hälfte, bei dem Ortsbrief ein Abgang von einem starken Drittel eingetreten ist. Im Fernverkehr haben die Postkarte, die Drucksache, das Geschäftspapier, die Warenprobe und die Postanmeldung ein Drittel, der Brief nahezu die Hälfte verloren. Das Paket der Kategorie 250 M einen Rückgang von 26, das Paket der Kategorie 250 M einen Rückgang von 53 Prozent. Der Paketverkehr hat 1922 unter dem Einfluß der die Postkarte weit übersteigenden Eisenbahntarife für Elzug und Expressgut gestanden. Die hohen Eisenbahntarife haben eine starke Vermehrung der Postpakete zur Folge gehabt. Die Vermehrung betrafte sich für 1922 in der Kategorie auf 15,3, in der Kategorie auf 20,1 Prozent.

Trotz des zu erwartenden starken weiteren Rückgangs ihrer Beschäftigung rechnet die Post mit einer jährlichen Reinerlösmehrung von 102,7 Milliarden M. Es ist zu befürchten, daß sie eine Milchmädchenrechnung aufgemacht hat. Denn Privatleute, die nicht zur Gänze der Schieber gehören oder denen es nicht gelungen ist, ihre Gehälter der Geldwertverwertung einigermaßen anzupassen, können einfach nicht mehr die Post benutzen. Die Erfüllungspflicht des Herrn Wirth wirt sich bei der Post, die seinem Parteibruder Giesberts unterstand, herrlich aus. Schließlich wird auch das Veronal der Post darunter leiden, denn die Verminderung des Verkehrs wird auch eine Verminderung der Angestellten zur Folge haben müssen.

## Neues aus aller Welt.

— **Wichtigste Mitteilungen.** Der Offenbacher Schriftstiller und Romanverleger Rudolf Koch hat vom Reichsanwalt dem Antrag zur Anfertigung von zwei Reichsanwaltschaften für den Gebrauch im persönlichen Dienste des Reichspräsidenten erhalten. Die Anfertigungen werden in beide ausgeführt.

— **Herr Dr. Joseph Wirth heiratet.** In der „Deutschen Republik“, Wochenchrift zur Vertiefung republikanischer Politik vom 24. November 1922 ist zu lesen: Wie in Bärenkreisen immer beharrlicher behauptet wird, will unser letzter Reichsanwalt, Dr. Josef Wirth, seinen untreulichen Ehestand dazu benutzen, sich die Annehmlichkeiten eines Ehemannes zu erschleichen. Seine Verlobung mit Frau Gutmann geb. Auersbach, der Stieftochter und Erbin des bekannten Bankiers und Böhrentönners Huao V. Herzfeld, um deren Hand er sich schon lange bewarbt, soll gestern Tatsache geworden sein.

— **Flugpostverbindung um die Erde?** Ein Plan, der gegenwärtig in den sportlichen wie auch in den finanziellen Kreisen Amerikas, Englands und Frankreichs besonders lebhaft erwogen wird, betrifft, wie die „Nachrichten für Luftfahrer“ melden, die Einrichtung eines Weltflugpostdienstes. Im Verlauf von sieben Tagen sollen sieben für diesen Zweck gebaute Flugzeuge um die ganze Erde fliegen, um Post zu befördern. Allein so schön dieser Plan ist, es hat einwachen noch keinen Haken. Um die ganze Erde zu umfliegen, muß man nämlich auch die unendlichen Wasserflächen des Stillen Ozeans überqueren, und da hat sich denn zwischen den Sandwich-Inseln und der Westküste Amerikas bisher noch kein Landungsplatz für die Postflugzeuge ausfindig machen lassen. Es werden also jedenfalls noch manche Schwierigkeiten zu überwinden sein, ehe man so weit ist, das Ideal einer regelmäßig verkehrenden Weltflugpost verwirklicht zu sehen, ganz abgesehen von den Gefahren, die auch die in jenen Breiten so häufigen heftigen Meeresstürme den Fliegern bieten dürften.

— **Von der Zentrifuge zu Tode geschleudert** wurde in dem Betriebe des Wollereibehalters Otto Kleisch in Forst (Niederlausitz) ein Geselle des Schlossermeisters Otto Engelmann, der mit dem Abmontieren einer Wollmaschine beschäftigt war. Ihm wurde von seinem Kameraden eine Welle, die ein Gewicht von etwa 75 Pfund hat, zugeworfen. Unter der schweren Last brach der Mann auf dem nassen Wollstoffboden zusammen und stürzte in die Öffnung der im Betrieb befindlichen Zentrifuge. Mehrmals wurde er herumgeschleudert, dann flog der Körper los aus dem Betriebe. Allem Anschein nach wurde dem Unseligen außer anderen Verletzungen zugleich das Gehirn gebrochen. Ein Verschulden an dem Unfall ist wohl kaum jemand beizumessen.

— **Ein Feldschußbeamter als Schwindler.** Ein bei einem Oubseher in der Nähe von Neustettin als Feldschußbeamter beschäftigt gemessener junger Mann namens Hans Bredow, der beauftragt war, einen Koffer und einen Reiseford mit Kleidungsstücken und sonstigen Wertgegenständen des Inspektors des Gutes im Werte von über einer Million Mark auf dem Bahnhof als Frachtgut nach Berlin aufzugeben, hat diesen Auftrag nicht ausgeführt, sondern ist selbst mit den Sachen nach Berlin gefahren und seitdem verschwunden.

## Aus Sachsen.

### Die Verhandlungen mit den Kommunisten gescheitert.

Dresden, 20. November. Der „Dresdn. Volksztg.“ zufolge sind die Verhandlungen zwischen den Sozialdemokraten und Kommunisten zwecks Wäbuna einer Arbeiterregierung in Sachsen gescheitert. Bei den gestrigen Beratungen bestanden die Vertreter der S. D. D. auf den von ihnen eingebrachten Richtlinien und betonten, daß sie willens seien, alle im Rahmen der Reichs- und Landesverfassung liegenden Nachbesserungen anzunehmen, um ihren Forderungen Geltung zu verschaffen. Die kommunistischen Vertreter erklärten, daß ihre Partei keineswegs willens sei, mit einem oder zwei Ministern in die Regierung einzutreten. Sie könnten nur ein Regierungsprogramm unter Anerkennung der kommunistischen Richtlinien annehmen. Daraufhin mußten die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen werden. Wie die „Dresdn. Volksztg.“ hinzusetzt, wird die sozialdemokratische Mandatsfraktion sofort zu der neuen Lage Stellung nehmen. Es müsse abgemartet werden, ob die Kommunisten willens sind, eine Arbeiterregierung unabhnglich zu machen.

Heidenau, 30. November. Von Mdchenhndlern vertrieben? Seit dem Vornittag des 10. November wird die 18 Jahre alte Helene Charlotte Dinter, Hdelstraße 12 wohnhaft, vermisst. Die Vermisste war bei einem Ingenieur als Aufwartung tätig. Sie war am 10. November vormittags in der 9. Stunde zu einer Besorgung zum Kaufmann geschickt worden, ist aber gar nicht in dem Geschäft gewesen, sondern seit jener Zeit spurlos verschwunden. Da zu ihrer Entfernung kein Grund vorhanden war, liegt die Vermutung nahe, daß die Lotte Dinter verschleppt worden ist. Dem jungen Mädchen diene der vorliegende Fall zur Warnung, sich durch niemand zum Mitgehen oder zu irgendwelchen Besorgungen überreden zu lassen. Es sei hierbei daran erinnert, daß vor einiger Zeit in Dresden ein junges Mädchen durch Mithilfe einer Frau in einem Auto entfhrt worden und seitdem verschwunden ist.

## Aus der Oberlausitz.

Bischofswerda, 30. November.

— **Juderoverfolgung.** Nach dem neuen, vom 1. Dezember an gültigen Ausführungsbestimmungen des Wirtschaftsministeriums zur Reichsordnung über den Verkehr mit Juder darf der Mundstück künftig nur auf Judenarten ausgegeben werden. Die Judenarten sind auf aufzubewahren, da sie für das ganze restliche Wirtschaftsjahr bis 30. September glt. Sie besteht aus der Stammkarte, 4 Bezugsausweisen und 25 Abzhnten; sie ist nicht übertragbar; verlorene Karten werden nicht ersetzt. Stammkarte und Bezugsausweise sind auf der Rückseite mit Namen und

wohnung  
ders zu  
Regel m  
wiche Re  
gaben we  
Kommuna  
Beginn jed  
legen, der  
ausgewei  
Judens er  
freigegeben  
händler selb  
Abzhnte f  
des Kleinb  
Verordnung  
erfolgte  
sonstige  
händler  
Klage ab  
Waren abh  
Handels m  
ausgewei  
— 26.  
20. Novem  
Oberparre  
ffnet. Herr  
ret von Pa  
den zumch  
gleichen for  
Oberparre  
Krdenwoch  
mege Zukun  
Förderung  
auf die An  
tentstellig  
gerneister  
wohnung d  
Bhmerger  
Lohn, zu  
ekt wurde  
St nicht  
Kaufmann  
stiegen soll  
Lehrer  
Hauptstre  
werden, der  
Einrichtung  
hherigen  
wohlfahrts  
1200 M J  
taren. —  
nung, Best  
wiesen. D  
gefriden.  
auch Gr  
Kaufgebo  
beg. 500 M  
richteten u  
ind bis le  
bau bestan  
der Lage, d  
Heuern abh  
der Geme  
einparche  
die die St  
bracht hat  
auf Grund  
zur festen  
Kaufgebu  
neuern u  
schlen Aus  
men. —  
— 31.  
am Sonna  
Schilgenhau  
vom Hfste  
fündig von  
Lage sind,  
Hilfsfonds  
schmerz.  
— 32.  
Der  
verlaufspre  
indern Er  
leits nicht  
für einen ange  
in einer lo  
Wucherge  
Marktprei  
haben, ind  
sprechenden  
— 33.  
Gründung  
Oberma  
— 34.  
In  
das Schu  
folgendes t  
Kernleder  
mittlere He  
Beber berec  
Preis des  
2750 M.  
mittel ein  
werbes her  
Bepflogenh  
und Waren  
— 35.  
Jungen Leu  
einen festen  
ler Zeit des  
Gelegenheit  
jedoch nur  
Besten 2  
und geistl  
kunft erteil  
Dresden v  
lung zu rid  
— 36.  
nung. Die  
Bhmerger  
für Hben  
nung des G